

ANTRÄGE

1) Ausbau von Gehsteigen

GR. Mag. **Kowald** stellt namens von ÖVP, SPÖ, KPÖ und FPÖ folgenden Antrag:

Mag. **Kowald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Frau Vizebürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Ich begrüße die Bemühungen als Mensch mit einer Behinderung ganz besonders, dass man den öffentlichen Verkehr weiter ausbaut und kundenfreundlicher gestaltet. Nicht nur unsere Umwelt wird davon ganz maßgeblich davon profitieren, das werden wir erst merken in 20 bis 30 Jahren, aber dann mit Sicherheit, sondern ganz besonders profitieren auch alle älteren Menschen, alle Kinder und die Eltern dazu natürlich und vor allem auch die Menschen mit speziellen Bedürfnissen.

Es muss unser Ziel sein, allen Mitgliedern unserer Gesellschaft die beste Mobilität zu gewährleisten. Mobilität gewährleisten heißt vor allem, Barrieren vermeiden. „Barriere“ ist immer so ein weitläufiger Begriff, was ist eine Barriere, darüber könnte man jetzt stundenlang nachdenken. Es ist aber so, dass viele Straßen, Wege und Gassen in unserer Stadt leider noch nicht mit einem Gehsteig an beiden Straßenseiten ausgestattet sind. Barrierefreiheit beginnt vor allem dort, dass zumindest Gehsteige auf beiden Straßenseiten vorhanden sind. Halten Sie sich dabei vor Augen, dass uns die Sicherheit unserer Kinder, der älteren Menschen und Menschen mit speziellen Bedürfnissen ein wichtiges Anliegen ist.

Ich habe schon gesagt, dass wir grundsätzlich bei allen Wegen Gehsteige auf beiden Straßenseiten brauchen.

Wenn ein Gehsteig zu Ende ist, ist es für Menschen mit Behinderungen, für ältere Menschen und für Kinder unzumutbar, dass sie die Straße ungeschützt überqueren, um den Gehsteig auf der anderen Seite fortzusetzen, weil da sind jetzt dazwischen keine Zebrastreifen etc.

Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung schildern, Blinde gelangen an das Ende eines Gehsteigs und es kann nicht Sache sein, dass man die Straße ungeschützt überquert, um auf der anderen Seite vielleicht zu schauen, ob der Gehsteig fortgesetzt wird, ich weiß das auf der einen Seite ja nicht, aber auf der anderen Seite

der Gehsteig dann weitergeht. Wenn in einer Straße tatsächlich kein Gehsteig auf beiden Seiten aus Platzgründen möglich ist, dann muss man mit den davon betroffenen Menschen, mit den Anrainern und mit den Leuten, die dort regelmäßig verkehren, eine Lösung finden und diese Information zum Beispiel auf eine zentrale Homepage stellen, damit auch blinde Menschen oder hochgradig sehbehinderte Menschen zu Hause, wenn sie die Wege planen, das schon berücksichtigen können und eine andere Lösung finden.

Die Haftungsfrage und vor allem die Frage der Schneeräumung darf kein Grund sein, dass man nicht für ausreichend Sicherheit sorgt und aus diesem Grund keinen Gehsteig hat, man muss natürlich auch darüber nachdenken und eine Lösung finden.

Es muss unser gemeinsames Ziel sein, in dieser Legislaturperiode in einer Stadt der Menschenrechte bei allen Straßen, Wegen und Gassen die Gehsteige auszubauen.

Ich erwarte mir vor allem im Namen von Menschen mit speziellen Bedürfnissen einen Bericht darüber, über die Pläne, wann man was in welcher Weise ausbauen kann.

Wir müssen den vielen Menschen mit Behinderungen, den älteren Menschen und den Eltern von Kindern das Gefühl geben, dass sie erstens ernst genommen werden und auf ihre Bedürfnisse eingehen.

Das Aufzeigen der diesbezüglichen Mängel muss ausgehend von den BezirksvorsteherInnen, von den Elternvereinen, von den Verbänden der Menschen mit Behinderungen und von den Seniorenverbänden möglich gemacht werden.

Um diese Initiative mit Leben zu erfüllen, möchte ich an dieser Stelle nur das Beispiel der Puntigamerstraße nennen, in der Beilage finden Sie dann ja auch noch viele andere Wege, die mir vor allem von den Behindertenorganisationen immer wieder aufgezeigt wurden und die ich dann in der Beilage nur zusammengefasst habe.

Namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, SPÖ, KPÖ und FPÖ stelle ich folgenden

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass

- a) die zuständigen Magistratsabteilungen damit beauftragt werden, unter Einbindung der BezirksvorsteherInnen, der Seniorenverbände, der Elternvereine und der Behindertenverbände und anderer Organisationen, die mangelnden Gehsteige bei den Straßen unserer Stadt aufzuzeigen und Sie, geehrte Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, werden ersucht, als zuständige Stadtsenatsreferentin einen Plan erstellen zu lassen, bis wann welche Straßen in welcher Form nachgerüstet werden mit Gehsteigen.
- b) ein Ersuchen an das Land Steiermark gestellt wird, die Landesstraßen in der gleichen Form nachzurüsten.

An dieser Stelle sei nur noch gesagt, geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, ich weiß, es ist auch Ihr Anliegen, dass man da etwas tut, Sie sprechen sich auch aus für eine aktive Bürgerbeteiligung, es ist nur so, dass die Not der Menschen mit speziellen Bedürfnissen in dieser Hinsicht sehr groß ist und ich möchte nur auch in Form eines kleinen gemeinsamen Antrages noch einmal den Druck ausdrücken oder den Druck spüren lassen, wie wichtig das ist und dass man da gemeinsam etwas unternimmt. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht auch noch gleich anmerken, dass das Unternehmen Mema-TV gebeten hat, kurz ein paar Aufnahmen zu machen. Ich möchte den Herrn Kameramann herzlich begrüßen, es geht darum, im Archiv ein Material, ein paar Aufnahmen zu haben, um immer wieder auch bei jeweiligen Sendungen den Gemeinderat einspielen zu können.

2) Fuß- und Radweg zwischen Peterstalstraße und Hohenrainstraße

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Spath**: Am 9. November jährt sich die Inbetriebnahme der Straßenbahnverlängerung ins Peterstal. Wie wir wissen, wird der „lange 6er“ sehr gut angenommen und die Bevölkerung im Peterstal ist über die Anbindung an das Straßenbahnnetz hocherfreut.

Ein entscheidender Grund für den Bau der Linie 6 war die bereits vorhandene hohe Wohndichte und die noch immer rege Bautätigkeit im Peterstal, im Hohenraintal und in Petersbergen. Auf Höhe der neuen Endhaltestelle existiert allerdings keine direkte Verbindung zwischen der Peterstalstraße und der Hohenrainstraße. Eine wesentliche Erleichterung für die dort ansässigen Bewohner im Hohenraintal und in Petersbergen wäre daher eine direkte Fuß- und Radwegverbindung zwischen den beiden Straßen, zumal dort jeweils Privatstraßen bis zum Petersbach existieren. Dies würde auch die Akzeptanz der 6er-Verlängerung noch weiter steigen, gleichzeitig die Annahme des öffentlichen Verkehrsmittels erhöhen und eine Verminderung des Individualverkehrs bewirken.

Namens des ÖVP - Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g,

die zuständigen Magistratsabteilungen zu beauftragen, einen Geh- und Radweg als Verbindung zwischen der Hohenrainstraße und der Peterstalstraße auf Höhe der Endhaltestelle des Sechzers zu planen und in weiterer Folge umzusetzen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

3) Wasseranschluss Weizbachweg und An der Kanzel/Förderungsmodell

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Martiner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Mein Antrag geht in Richtung Wasseranschluss Weizbachweg und An der Kanzel, das Förderungsmodell. Der Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung hat natürlich höchste Priorität und neben den Problematiken des sinkenden Grundwasserspiegels und auch immer wieder den ständigen Tieferlegungen der Hausbrunnen, auch die gesundheitlichen Gründe haben große Bedeutung, einen Wasseranschluss ans öffentliche Netz herzustellen, denn die Wasserqualität bei Brunnen sind immer mit Risiken behaftet. Umso vordringlicher wäre es, für die Grazerinnen und Grazer eine flächendeckende Wasserversorgung sicherzustellen. Allerdings: Um die Lücken in der öffentlichen Wasserversorgung zu schließen, bedarf es eines großen finanziellen Aufwandes, der von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern kaum bewältigbar ist.

Ein Beispiel dafür ist der Weizbachweg in Andritz, wo sechs Einfamilien-HausbesitzerInnen großes Interesse hätten, an das öffentliche Wassernetz angeschlossen zu werden. Allerdings: Pro Anschluss würden sich die Kosten (Netzkosten und Anschlusskosten) auf rund 23.650 Euro belaufen. Nur zur Verdeutlichung, in Schilling umgerechnet wären das sage und schreibe 325.431 Schilling pro Familie. Nur zum Vergleich: Am Dürrgraben, ebenfalls in Andritz, konnte nach Unterstützung von Finanzstadtrat Riedler ein Förderungsmodell angeboten werden, wodurch sich die Anschlusskosten pro Haus von ursprünglich 8.000 Euro bei sofortigem Anschluss und 12.000 Euro bei späterem Anschluss auf in Summe von 4000 Euro reduziert werden.

So gesehen wäre es ein Gebot der Stunde, nunmehr den Weizbachweg-BewohnerInnen ein ähnliches Förderungsmodell anzubieten, zumal ja schon jetzt

davon auszugehen ist, dass in weiterer Folge derzeit noch unbebaute Wiesen und Flächen mittelfristig in Bauland umgewidmet werden, mit weiteren Siedlungen zu rechnen sein wird, die dann sicherlich auch an das öffentliche Wassernetz anschließen wollen und müssen.

Eine ähnliche Situation gibt es in Andritz übrigens auch im Bezirksteil Weinzödl/An der Kanzel, wo ebenfalls noch eine Reihe von Hausbrunnen bestehen und die einzige Wasserversorgung darstellen - auch dort klagen BewohnerInnen bereits über immerhäufiger auftretenden Wassermangel und deshalb natürlich auch Interesse haben, an das öffentliche Wasserversorgungsnetz angeschlossen zu werden.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Abteilungen der Stadt mögen beauftragt werden, für die Bereiche Weizbachweg und An der Kanzel ein mit dem Projekt Dürrgrabenweg vergleichbares Förderungsmodell zu entwickeln, um den BewohnerInnen zu vergleichbaren und damit vertretbaren Kosten einen Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung zu ermöglichen (*Applaus SPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Gefährdung von Fußgängern in der Hohenstaufengasse

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt folgenden Antrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! In meinem Antrag geht es um ein Gefährdungspotential für Fußgängerinnen und Fußgängern in der

Hohenstaufengasse. In der Hohenstaufengasse wird an der Nordseite der Gehsteig von Osten kommend bis zur Einfahrt der Postgarage auf Höhe Martingasse geführt, von Westen wurde der Gehsteig im Zuge der Baumaßnahmen für den Knoten Don Bosco bis zum Haus Hohenstaufengasse Nr. 27 neu gestaltet. Dazwischen ist auf einer längeren Strecke kein Gehsteig vorhanden, sodass Fußgänger die stark befahrene Hohenstaufengasse, das ist ja bekannt, in diesem Bereich ohne gesicherten Übergang queren müssen. Ebenso ist die Erreichung der Abfallsammelstelle an der Nordseite der Hohenstaufengasse für den südlich gelegenen Einzugsbereich Nördliches Lazarettfeld mit den Straßen Kurze Gasse, Florianigasse, Martingasse, Buchkogelgasse und Wiesengasse ohne gekennzeichnete Überquerungsmöglichkeit ein sehr großes Sicherheitsrisiko. Die Hohenstaufengasse gehört wirklich zu einer stark befahrenen Straße.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, eine Planung für den fehlenden Teil des Gehsteiges an der Nordseite der Hohenstaufengasse zu erarbeiten, in diesem Zusammenhang gesicherte Übergangsmöglichkeiten insbesondere auch im Bereich der Abfallsammelstelle zu prüfen und dem Gemeinderat Berichte hierüber ehebaldigst vorzulegen. Ich bitte um Unterstützung dieses Antrages (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Lenker sehen „rot“

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie die Frau Vizebürgermeisterin schon ausgeführt hat, betrifft mein Antrag das Thema, „Lenker sehen rot“, das hat mit der parteipolitischen Farbe nichts zu tun, sondern es handelt sich eher um rote Ampelschaltungen. Und zwar geht es uns in diesem Antrag darum, und ich glaube, jeder und jedem in diesem Haus ist es schon so ergangen und kennt es auch von persönlichen Erfahrungen, von Erzählungen, dass er ja oft in der Nacht unterwegs ist mit seinem Auto oder auch mit anderen Verkehrsmitteln und es passiert ihm eines, dass er, obwohl sehr wenig Verkehr herrscht, dass er vor gewissen Ampeln einfach hier bei Rot gestoppt wird durch eine rote Ampel und dann unheimlich lange, und wenn man wartet, glaubt man, es dauert ja viele, viele Minuten, bis das umspringt und da ist es auch verständlich, dass der eine oder andere hier etwas aggressiv wird, wenn er sich auf der anderen Seite überlegt, dass aus der Querstraße keiner kommt, dass ich ungefährdet abbiegen könnte und er wartet und wartet, bis es endlich hier wieder grün wird und er seine Fahrt fortsetzen kann. Dieses Thema haben wir schon aufgegriffen und letztendlich hat auch die Wochenzeitung der „Grazer“ vor kurzem mit dieser Serie gestartet, wo eben Grazerinnen und Grazer aufgefordert wurden, hier ihre Problembereiche bekannt zugeben und es gab ein unheimliches Echo und sogar, freut mich, ein ÖVP-Bezirksratskandidat, der Kollege Gröbelbauer, hat sich dann in seinem Leserbrief dazu bekannt, dass das eine sinnvolle Maßnahme ist, sich Gedanken zu machen, wie könnte man das besser in Griff kriegen. Also diese Situation zerrt natürlich am Nervenkorsett vieler Autolenker und -lenkerinnen und der Verkehrsfluss wird dadurch unheimlich stark beeinflusst, aber, und ich glaube, das ist ja auch ein nicht unwesentlicher Punkt in Zeiten wie diesen, dass natürlich dieses lange Anhalten vor rot stehenden Ampeln natürlich auch einen nicht unwesentlichen Beitrag hinsichtlich Feinstaubbelastung, Umweltverschmutzung und, und, und. Es gibt also eine ganze Reihe von Kreuzungen, die wir hier auch aufgezählt haben, ist keine taxative Aufzählung von Kreuzungen und rot geschalteten Ampelanlagen in der Nacht, ich darf vielleicht hier nur einige wenige nennen: Liebenauer Gürtel bei der Ausfahrt des Billa oder Stadtausfahrt beim der UPC-Arena, in der Münzgrabenstraße/Ecke Evangelimanngasse, heißt im Klartext, über das ganze Stadtgebiet verstreut, gibt es hier solche Ampeln, die man ohne weiters in der Nacht, wie gesagt, auf Blinklicht umschalten könnte und es würde nicht unbedingt zu einer gewaltigen Erhöhung der Verkehrsunsicherheit führen.

Daher stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge das Grazer Straßenamt auffordern, eine entsprechende Überprüfung dieser im Antrag genannten Kreuzungen sowie weiterer nächtlicher Ampelstopps vorzunehmen, um im Interesse des fließenden Verkehrs in der Stadt den AutolenkerInnen entgegenzukommen. Es wäre auch ganz nett, nicht nur das zu überprüfen, natürlich entsprechende Maßnahmen hinsichtlich der Umsetzung der Verbesserung hier herbeizuführen, sondern es wäre auch ganz nett, wenn der Gemeinderat betreffend diese Änderungen, diese Umschaltungen beziehungsweise der Ausschuss hier über mögliche Verbesserungsmaßnahmen auch gleichzeitig informiert werden könnte. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Projekt „MenschenBücher“

GRin. **Meißlitzer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit drei Jahren gibt es in der Stadtbücherei der Stadt Malmö die Möglichkeit, sich „MENSCHENBÜCHER“ auszuleihen. Was steckt dahinter und welche Ziele werden damit verfolgt?

Hier geht es darum, einen Dialog zur Beseitigung von Vorurteilen zu führen. Es geht aber auch um Menschenwürde, Integration, Annäherung an fremde Kulturen. Bei zunehmender sozialer Isolation, Vorurteilen gegenüber Randgruppen und verbalen und körperlichen Übergriffen sind eine Annäherung und ein Kennenlernen besonders

wichtig. Büchereien auch als Orte der Begegnung können hier einen sehr wertvollen Beitrag zu einem konstruktiven Dialog leisten.

„MenschenBücher“ stellen sich den Bibliotheken zur Verfügung und können dort für eine Stunde entliehen werden. Die „Entleiher“ haben dann die Möglichkeit, gezielte Fragen an diese „MenschenBücher“ zu stellen. Ohne Scheu Fragen stellen zu dürfen und damit die Chance zu bekommen, eine neue Sichtweise auf andere Menschen und deren Lebensweise zu bekommen ist für ein gedeihliches Miteinander von sehr großer Bedeutung. Außerdem sollte für die Stadt Graz so ein Projekt eine Selbstverständlichkeit sein. Für viele BürgerInnen ergibt sich hier auch eine Gelegenheit, Personen zu treffen, denen sie sonst vielleicht nicht begegnen würden, oder mit denen sie keine Gelegenheit hätten, sich zu unterhalten.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Fraktion den

A n t r a g ,

die Stadt Graz möge so rasch als möglich, also unverzüglich, in den städtischen Büchereien das Projekt mit den „MenschenBüchern“ einführen (*Applaus SPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Bio-Markt in Eggenberg

GR. **Schneider** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schneider**: Hoher Gemeinderat, liebe Damen und Herren! Seit inzwischen 13 Jahren gibt es in Eggenberg den Biomarkt, das ist eine ganz tolle Sache, weil regionale, naturnahe Produkte zu uns giftgeplagten StädterInnen gebracht werden,

Feinstaub, und so meine ich damit und ohne, dass sie tausende Kilometer transportiert wurden und auf diese Weise viel CO₂ erzeugt hätten, ihre KonsumentInnen erreichen. Der weitere Effekt ist, dass auch acht bäuerliche Betriebe aus der Steiermark von diesem Markt leben. Der Markt, ist kein Markt der Stadt Graz momentan, befindet sich auf einem quasi Privatgrund, nämlich auf dem Parkplatz des Bades Eggenberg und dort werden ja zum Glück bald die Baumaschinen anrollen und das Bad Eggenberg neu errichten und deswegen kann der Markt dort leider nicht bleiben. Und im Sinne einer Versorgung mit Produkten, die eben aus der Region kommen und die gesund sind für unsere Leute, sollten wir als Stadt Graz solche Märkte nach Möglichkeit fördern und deswegen möchte ich beantragen, dass die zuständige Magistratsabteilung beauftragt wird zu prüfen, unter welchen Bedingungen der Biomarkt, der freitags am Gelände des Bades Eggenberg stattfindet, fortan am Hofbauerplatz abgehalten werden kann. Das ist ja ganz in der Nähe dort. Übrigens sind Sie natürlich auch herzlich eingeladen, Freitagnachmittag dort einmal vorbeizuschauen und was Gesundes einzukaufen von 12.00 bis 17.00 Uhr. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Rettet das NIL

GRin. **Binder** stellt namens der Grünen, ÖVP und KPÖ folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrte Stadtregierung und liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einen Antrag bezüglich eines doch sehr wichtigen Vereines einbringen, nämlich es geht hier um den Verein Baodo. 2003 ist für Graz eine fast magische

Jahreszahl, war unsere Stadt doch damals Kulturhauptstadt und konnte diese Chance bestmöglich nutzen.

2003 war auch jenes Jahr, in dem wichtige Initiativen im Kultur- und Integrationsbereich entstanden sind, die ihren Wirkungsbereich bis heute ausgebaut und weiterentwickelt haben. So etwa der von der Künstlerin Veronika Dreier gegründete Verein BAODO – Back to the Roots - mit dem interkulturellen Begegnungs-, Kunst- und Kulturzentrum NIL.

Vielen unter Ihnen wird das NIL ein Begriff sein und so manche von Ihnen werden dort eingekehrt sein, Ausstellungen besucht haben, Gespräche geführt oder gegessen haben.

Das NIL war bis vor kurzem Untermieterin der ehemaligen Tankstelle in der Dreihackengasse neben dem Veranstaltungslokal „Postgarage“.

Viel wurde in die Adaptierung dieser Tankstelle investiert: Neben notwendigen Trockenlegungs- und Reparaturarbeiten wurde eine Küche eingerichtet, ein Computerraum errichtet, eine Theaterbühne mit Belichtungsanlage geschaffen, eine Ton- und Musikanlage installiert und vieles anderes mehr, auf Kosten dieses Vereines.

Seit 2003 war das NIL ein Haus der Toleranz, in dem sich Menschen verschiedenster Nationalitäten treffen und miteinander kommunizieren konnten, ungezwungen und in angenehmer Atmosphäre.

Seit 2003 war das NIL ein Kunstraum, in dem Menschen aus Afrika über Osteuropa und auch viele ÖsterreicherInnen die Räumlichkeiten für verschiedene Workshops nutzen konnten.

Seit 2003 war das NIL ein wichtiger Versammlungsort verschiedener Communitys und beherbergte auch eine kleine, aber feine Bibliothek mit besonderem Schwerpunkt Afrika.

Die Radiosendung „African Time“, gesendet jeden Sonntag von 8:00 – 11:00 in Radio Helsinki, ist ein Produkt von BAODO.

Und kürzlich wurde das Projekt „Womyn`s Special“ ins Leben gerufen, das afrikanische Frauen als Informations-Multiplikatorinnen für Frauenangelegenheiten ausbildet.

Ja, das alles war einmal, denn am 9. Juni kam die schriftliche Kündigung durch den Besitzer des Veranstaltungsorts „Postgarage“.

Seither ist der Verein auf verzweifelter Suche nach passenden Ersatzräumlichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Veronika Dreier und der Verein BAODO leisten unbezahlbar wichtige Integrationsarbeit und benötigen unsere Unterstützung, damit es auch weiterhin diesen Ort der Begegnung und Offenheit geben kann.

Daher stelle ich namens der Grünen – ALG, der ÖVP und der KPÖ den

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen des Magistrats mögen sich mit Veronika Dreier und dem Verein BAODO in Verbindung setzen, um gemeinsam einen neuen adäquaten Standort zu finden (*Applaus Grüne*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) „Arisierung“ und Wiedergutmachung

GRin. **Binder** stellt namens der Grünen, SPÖ und KPÖ folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Der zweite Antrag, den ich einbringen möchte, beschäftigt sich mit einem Thema unserer Stadt, das sehr brisant ist und hohe Bedeutung auch hat. Es geht um die Aufarbeitung der sogenannten Arisierung und Wiedergutmachung. Vor

70 Jahren marschierte die Deutsche Armee in Österreich ein und ein nicht unbeträchtlicher Anteil der österreichischen Bevölkerung stand jubelnd auf den Straßen, während ein anderer Teil verhöhnt, verfolgt, vertrieben, eingesperrt, in den Gestapogefängnissen zu Tode gequält oder in Konzentrationslager deportiert wurde: WiderstandskämpferInnen aus verschiedenen weltanschaulichen Lagern und Menschen jüdischen Glaubens.

In Graz gab und gibt es anlässlich dieser Ereignisse eine Reihe von Diskussionsveranstaltung, Lesungen und Ausstellungen.

Aus aktuellem Anlass möchte ich mit diesem Antrag den Fokus auf einen Bereich lenken, der einer systematischen Aufarbeiten bedarf: der Enteignung und Arisierung jüdischen Eigentums in Graz.

Wie im Falter Nr. 42/08 vom 15.10.2008 zu lesen ist, feiert die Grazer Modefirma Knilli ihr 70-jähriges Jubiläum. Wie dem Artikel zu entnehmen ist, gehörte diese Geschäftsadresse dem jüdischen Kaufmann Wilhelm Spielmann. Im Sommer 1938 interessierte sich ein gewisser Herr Knilli, seit 1932 SA-Mitglied und im Februar 1934 wegen „politischer Betätigung“ zu 6 Monaten Haft verurteilt, für dieses Geschäft.

Sein SA-Vorgesetzter schrieb an die Vermögensverkehrsstelle in Graz: „Knilli Josef, der einer der besten Kameraden ist und zur Existenzsicherung in Graz ein jüdisches Geschäft übernehmen will, kann daher bestens empfohlen werden. Die SA ersucht, sein Ansuchen zu berücksichtigen.“

Das Schicksal der Familie Spielmann verlief anders als das Schicksal der Familie Knilli. 1938 wurde die Familie Spielmann enteignet. Von den 3000 Reichsmark, ein wahrer Schnäppchenpreis, sahen die Spielmanns nichts. 1939 konnte das Ehepaar Spielmann und zwei seiner Kinder fliehen, ein Sohn wurde im Konzentrationslager umgebracht. 1945 kehrte ein Sohn der Familie Spielmann als britischer Soldat nach Österreich zurück und bemühte sich lange um die Restitution des enteigneten Familienvermögens. Er bekam einen Minimalbetrag.

Die Familie Spielmann steht mit ihrem Schicksal stellvertretend für wahrscheinlich viele jüdische Menschen, die enteignet und vertrieben wurden. Eine

wissenschaftliche Recherche und Aufarbeitung in unserer Stadt wäre dringend notwendig.

Daher stelle ich namens der Grünen – ALG, der SPÖ und der KPÖ den

A n t r a g :

Der Herr Bürgermeister möge gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Kontakt mit der Karl-Franzens-Universität aufnehmen, um

1. eine wissenschaftliche und systematische Aufarbeitung des „Arisierungsprozesses“ in Graz durchführen zu lassen und sie in geeigneter Form zu publizieren
2. einen würdigen Rahmen auszuarbeiten, wie eine symbolische Wiedergutmachung stattfinden könnte.

Danke (*Applaus Grüne*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Personelle Trennung sachbearbeitender Beamter bei Berufungen erster und zweiter Instanz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch dieser Antrag wurde schon einmal eingebracht so wie einige Initiativen von Kollegin Schloffer. Er stammt aus dem Jahr 2007, ich bringe ihn noch einmal vor, ersuche aber, und das bitte weiterzuleiten, um etwas dringendere Beantwortung. Für BürgerInnen der Stadt Graz, die sich in einem Entscheid der Stadt in erster Instanz in einem Recht verletzt sehen, bietet die Berufungskommission des Gemeinderates für

Betroffene die Gelegenheit, nun in zweiter Instanz auf etwaige Mängel des Erstentscheides hinzuweisen und ihren Fall durch die Berufungskommission neu beurteilen zu lassen.

Für JuristInnen der Stadt bedeutet das viel Arbeit - oft unter Zeitdruck, um Fristen einzuhalten - die sie aber mit Bravour meistern.

Trotzdem bleibt ein Schönheitsfehler: Die personelle Trennung von Sachbearbeitern erster und zweiter Instanz wird wahrscheinlich praktisch meist vollzogen, sie ist aber nirgends garantiert und kann bei Personalmangel unterlaufen werden.

Es ist aber sehr sinnvoll, dass in der höheren Instanz völlig unvoreingenommen an die jeweilige Sachlage herangegangen werden kann.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ folgenden

A n t r a g

nicht zum ersten Mal hier, ich bitte um baldige Beantwortung. Die Stadt Graz möge dafür Sorge tragen, dass künftig garantiert ist, dass Sachbearbeiter für alle Fälle der Berufungskommission niemals personell mit sachbearbeitenden Beamten erster Instanz identisch sein können. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Aufstockung der Exekutive in Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Es geht wieder einmal um die Aufstockung der Exekutive in Graz, deshalb das höfliche Ersuchen an den Herrn Bürgermeister, ich möchte das nicht alles noch einmal vorlesen, ich möchte erinnern

an die Gemeinderatssitzung vom 18.9., wo es hier zumindest einen zum Teil einstimmig Beschluss gegeben hat, wo der Herr Bürgermeister ersucht wird, Kontakt mit den Wiener Stellen aufzunehmen zwecks Möglichkeiten, dass eben zusätzliche Polizeikräfte nach Graz kommen. Ich bin nicht der Einzige gewesen, sondern es sind ja schon, kann man schon fast sagen, Legionen von Anträgen gestellt worden, wo es darum geht um mehr Polizei in Graz und deshalb stelle ich den

A n t r a g

im Namen des FPÖ-Klubs: Der Gemeinderat wolle beschließen, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, über seine bisherigen Schritte und Unternehmungen in Sachen Aufstockung der Grazer Exekutive Bericht zu erstatten und in diesem Zusammenhang auch über bisher erhaltene Antworten seitens des Bundes zu berichten (*Applaus FPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.56 Uhr den Vorsitz.